



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

Sofortige und schonungslose Aufarbeitung – Konsequenzen aus Söders „Museumskandal“ ziehen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die ersten Prüfungsergebnisse des Bayerischen Obersten Rechnungshofs (ORH) zu Errichtung und Betrieb der Zweigstelle des Deutschen Museums in Nürnberg ebenso wie die von den Fraktionen FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD in Auftrag gegebenen gutachterlichen Stellungnahmen einen handfesten Immobilienskandal offenbaren.

Daher wird die Staatsregierung aufgefordert, sofortige Konsequenzen zu ziehen: Dabei sollen einerseits der komplette Vorgang, von Standortsuche über Mietpreishöhe bis hin zur Vertragsunterzeichnung, schonungslos und transparent aufgearbeitet werden. Andererseits sollen neue Kriterien entwickelt und drastische Veränderungen veranlasst werden, um derartige Immobilienskandale zukünftig zu verhindern. Hierzu zählen bei staatlichen Immobilienprojekten unter anderem:

- vollständige Reformierung der Immobilien Freistaat Bayern (IMBY)
- Erarbeitung eines digitalen Liegenschaftsmanagementsystems
- Transparenzoffensive bei Immobilienprojekten
- Einbeziehung externer Gutachten bei Immobilienprojekten bei einem Schwellenwert von über 5 Mio. Euro
- Besinnung auf das Wirtschaftlichkeitsprinzip

Begründung:

Die Errichtung der Zweigstelle des Deutschen Museums in Nürnberg geht auf das Handeln des damaligen Staatsministers für Finanzen, Landesentwicklung und Heimat Dr. Markus Söder zurück. Wie es dazu kommen konnte, dass ein Standort gewählt wurde, der im Zusammenhang mit einer absurd hohen Miete, einer ungewöhnlich langen Mietvertragslaufzeit und einer Parteispende steht, ist nach wie vor unklar. Ein achtseitiges Papier der IMBY rechtfertigt keinesfalls eine Investition des Freistaates in dreistelliger Millionenhöhe (200 Mio. Euro gemäß ORH bis Vertragsende), die dem Steuerzahler nun teuer zu stehen kommt. Transparenz, Expertise und Besinnung auf verantwortungsbewussten Umgang mit Steuergeldern sollten für die Staatsregierung wieder den Wesenskern darstellen. Sätze wie: „Am Geld soll es nicht scheitern“ (Zitat Dr. Markus Söder, 16.01.2016 u. a. in SZ und NZ) sollten in Verbindung mit Immobilienprojekten der Vergangenheit angehören. Daher gilt es, die Geschehnisse vollkommen und schonungslos aufzuarbeiten, um weitere Immobilienskandale tunlichst zu verhindern.